

nenen Gebiete und in der weiteren Perspektive die vollständige Integration in den Rest des Landes. Zuerst hieß es jedoch, diese Gebiete so schnell wie möglich mit polnischer Bevölkerung zu besiedeln und eine polnische Verwaltung zu bilden. Dies erwies sich in den ersten Monaten als eine (ziemlich) komplizierte Aufgabe, da der Handlungsraum der Vertreter der polnischen Regierung durch die Stationierung der Roten Armee sehr begrenzt war.¹² Dazu kamen Schwierigkeiten mit Transportmitteln, Mangel an Fachkräften und Verpflegung.

Die ersten Vorbereitungen zur Bildung des Verwaltungssystems leitete das Büro der Westgebiete (Biuro Ziem Zachodnich) bei dem am 2. Februar 1945 gebildeten Präsidium der provisorischen Regierung (Prezydium Rady Ministrów Rządu Tymczasowego).¹³ Die Entscheidungen bezüglich der Übernahme der beanspruchten Gebiete wurden lange vor Kriegsende und der Potsdamer Konferenz getroffen. Eine von ihnen war die Aufteilung der beanspruchten Gebiete in vier administrative Bezirke: Masuren (Ostpreußen), Westpommern (Westpreußen), Niederschlesien und Oppelner Schlesien. Die Bezirke wurden danach in Distrikte gegliedert, die zumeist den deutschen Kreisen entsprachen. Weitere wichtige Schritte waren die Beschlüsse des Ministerrates vom 7. Juli und 13. November 1945, durch die einige Grenzkreise an alte polnische Wojewodschaften angeschlossen wurden, so z. B. wurden die nördlichen Kreise der mittleren Oderregion (ehemaliges Ostbrandenburg) an die Wojewodschaft Posen (Poznań) angeschlossen. Als nächstes wurden die Bezirke in Wojewodschaften verwandelt, so entstanden am 29. Mai 1946 die Wojewodschaften Stettin (Szczecin) und Breslau (Wrocław). Das Oppelner Schlesien wurde Teil der Schlesischen Wojewodschaft. Weitere Veränderungen kamen 1950 hinzu, damals wurden die Wojewodschaften Grünberg (Zielona Góra), Oppeln (Opole) und Kösslin (Koszalin) gebildet.

Die zunehmenden Probleme, die die neue polnische Regierung zu lösen hatte, machten die Bildung einer zentralen Institution notwendig, die direkt für die neuen Gebiete verantwortlich war. Am 11. April 1945 wurde daher das Amt des Hauptbeauftragten der Regierung gegründet, dem die Beauftragten für Bezirke und Kreise untergeordnet waren.

Mit der Durchführung der Siedlungsaktion wurde das Staatliche Repatriierungsamt (Państwowy Urząd Repatriacyjny) beauftragt. Es wurde bereits am 7. Oktober 1944 gegründet, beschäftigte sich aber zuerst mit der Umsiedlung der Bevölkerung aus den polnischen Gebieten, die von der Sowjetunion annektiert worden waren. Ab 7. Mai 1945 wurden jedoch die Repatriierungsämter in

¹² SKOBELSKI (2002), 22.

¹³ AAN, MAP, sygn. 2388, Die organisatorischen Angelegenheiten des Büros der Westgebiete.